



## Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 22.01.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

#### TOP 1

#### **Scala Kultur Theatersommer gGmbH - Bericht erste Spielzeit, neue Intendanz und Vorstellung Programm 2025**

**Vorl.Nr. 337/24**

---

#### **Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Die **Geschäftsführerin** und die **Intendantin** des Theatersommers gehen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Mitteilungsvorlage ein.

EBMin **Schmetz** lobt die gute Arbeit, gratuliert zur gelungenen Saison und dankt den Vortragenden. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** lobt den gut gelungenen Neustart. Er geht auf die gesunkenen Umsatzsteuerzahlen ein und fragt nach den Hintergründen. Er merkt an, dass andere Institutionen keine Zuschusserhöhung erhalten haben, hier sei ein Ungleichgewicht entstanden, wengleich er dem Theatersommer diesen Zuschuss gönne.

Stadtrat **Meyer** dankt und gratuliert zur Saison. Die Offenheit und Zusammenarbeit mit der ADK sei sinnvoll. Er lobt das Programm und die Ideologiefreiheit, mit dem auch gesellschaftliche Themen aufgerufen und die Menschen zum Denken angeregt werden. Er weist darauf hin, dass mit dem Zuschuss ausgekommen werden müsse. Über die längere Spielzeit, ohne zusätzliche Programmausgaben, wundere er sich. Aufgrund der vielen Aufgaben des Dezernats fragt er, wie mit den Berichten im Ausschuss künftig umgegangen werde.

Stadträtin **Akin** lobt die wichtige Arbeit und dankt für den Elan, die Leidenschaft, die Begeisterung und gute Jugendarbeit.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** freut sich ebenso über das interessante Programm, die qualitativ hochwertigen Produktionen und die guten Ideen. Die Sichtbarkeit in der Bevölkerung und die Vernetzung der Ludwigsburger Theaterszene sei wichtig, wie auch die Kooperation mit der ADK. Er hofft auf eine gute Personalakquise.

Der Raum werde genutzt, um sozialpolitische Themen anzustoßen, lobt Stadträtin **Allerborn**. Sie fragt, ob es ein Spannungsfeld zwischen der künstlerischen Freiheit

und den Sponsoren gebe. Zudem will sie wissen, ob für ausgebuchte Veranstaltungen weitere Vorstellungen terminiert werden.

Die **Geschäftsführerin** und die **Intendantin** des Theatersommers beantworten die Fragen des Gremiums. Die Umsatzsteuer sei auf eine Vorauszahlung umgestellt worden. Man musste rund 80.000 Euro für die Instandhaltung investieren. Die längere Spielzeit hänge mit einer Wiederaufnahme eines Spielstückes zusammen. Mit den Erfahrungswerten steige auch der Nachhaltigkeits- und Einspareffekt. Man könne langfristig vorbereiten und die Bühnen aufeinander aufbauen. Die Spieldauer sei vom 24.06. bis 13.09. und fasse insgesamt 120 Vorstellungen. Mehr sei logistisch und personell nicht möglich. Die Kapazitäten seien begrenzt. Man verfüge nicht über ständige Bühnentechniker oder Mitarbeitende für ein Repertoiretheater. Ein Spannungsfeld sei nicht spürbar, sondern es sei eine große Freiheit in den Themen gegeben. Man erlebe einen großen Vertrauensvorschuss durch die Sponsoren und Stiftungen.

EBMin **Schmetz** stellt die Kenntnisnahme des Gremiums fest. Vor der Sommerpause werde dem Gremium ein Konzept zum künftigen Umgang mit den Berichten vorgestellt.

## **TOP 2                      Inklusion in Kitas - Aktueller Sachstand - mündlicher Bericht**

---

### **Beratungsverlauf:**

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bildung und Familie geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Thematik ein.

Man habe sich eine schnellere Unterstützung und eine deutliche Reduzierung der Wartezeiten für die Kinder, Familien und die Fachkräfte gewünscht, fügt der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie hinzu. Man werde den Weg über die Aktion Mensch gehen, sofern die zusätzlichen Mittel bewilligt werden. Man habe sich deutlich mehr erhofft, wohlwissend, dass die finanzielle Situation beim Landkreis nicht gut sei. Die Pauschale von Acht- Wochenstunden sei vor Ort nicht ausreichend. Positiv werde die Entfristung der 11 Stellen gewertet.

Der Landkreis, wie auch die Stadt, befinde sich momentan finanziell in einer schwierigen Situation, fügt EBMin **Schmetz** hinzu. Es erfolgen regelmäßige Absprachen. Die Innovationsprojekte versuche man über einen Ludwigsburger Weg mithilfe von Fördermitteln zu halten. Sie hofft, dass künftig ein Innovationstopf des Landes eingerichtet werde. Die gesetzliche Regelung zur Zuständigkeit liege beim Landkreis und dem Land. Sie eröffnet die Aussprache.

Die Situation sei nicht zufriedenstellend und bedauerlich, sagt Stadträtin **Shoaleh**. Die Inklusion in den Kitas sei eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft und der Stadt. Alle Kinder sollen in der Gemeinschaft aufwachsen und lernen können und dies sei

nur durch ein multiprofessionelles Team möglich. Dies erfordere eine Diagnostik durch das SPZ im Vorfeld, welches jedoch überlastet sei. Das System funktioniere nicht. Die Wirtschaftlichkeit dürfe hier nicht im Vordergrund stehen. Die Entfristung der 11 Personalstellen sei gut, wenngleich diese nicht ausreichend seien. Sie fragt, ob die Stellen derzeit besetzt seien.

Stadtrat **Meyer** dankt für den Bericht. Er erinnert an den Antrag seiner Fraktion aus dem Jahre 2023. Die geforderte Entfristung konnte mittlerweile umgesetzt werden. Der Kreisrat sei unterschiedlich strukturiert zusammengesetzt und die Thematik sei nicht in allen Kommunen brisant. Dies müsse über die Fraktionen in den Kreis und zum Land gespiegelt werden. Er weist darauf hin, dass nicht alle Eltern offen mit dieser Thematik umgehen. Durch die lange Bewilligungszeit werde die Problematik in die Grundschule verlagert. Die Kinder brauchen keine gesonderte Betreuung über die gesamte Öffnungszeit, teilweise könne die Betreuung in den Kitaalltag integriert werden. Er wünscht mehr Information zum Umfang und zu den Kosten für einen heilpädagogischen Fachdienst. Er meint, dass dieser mithilfe der Träger, den Sponsoren und Fondsgelder eingerichtet werden könne, auch wenn dies keine städtische Aufgabe sei. Er merkt an, dass die Sprachförderung ebenso keine originäre Aufgabe der Stadt sei.

Der Fonds habe ein Vermögen von rund 550.000 Euro. Sofern keine Ideen genannt werden, befürchtet er einen Rückgang der Sponsoren. Der Integrationsrat könne als Mittler fungieren. Die Mitarbeitenden in den Kitas brauchen jegliche Unterstützung und dies diene den Kindern und der Gesellschaft.

Stadtrat **Peifer** äußert sich positiv zum CDU-Antrag. Er fragt nach der Anzahl der Modell- Kitas und will wissen, ob es Unterschiede zwischen den Vororten und der Innenstadt hinsichtlich der Auffälligkeiten gebe. Zudem fragt er, ob es ein Antwortschreiben auf den Brief vom 06.12.2024 gegeben habe.

Das Projekt sei gut und biete eine vernünftige Chance für die Kinder, sagt Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Die Förderbedarfe seien massiv und man müsse hier investieren, die Gesellschaft könne sich nicht entziehen. Eine frühe Förderung spare durchaus an späteren Kosten. Er fragt, wie viele Stellen und welche Fortbildungen zur Deckung des Bedarfs tatsächlich notwendig seien und wie schnell ein Effekt erzielt werden könne. Zudem geht er auf die Aufgaben der Jugendhilfe ein und fragt, ob diese sich teilweise überschneiden. Er wünscht mehr Information zur Zuständigkeit und Kostenverteilung. Er kritisiert die Entwicklung an der evangelischen Hochschule hinsichtlich der Einstellung des Studienganges frühkindliche Bildung und Förderung, wie auch der Studiengang Heilpädagogik und Inklusion.

Stadträtin **Dötterer** kann sich dem CDU-Antrag anschließen. Sie erinnert an einen langen Leidensweg und lange Wartezeiten für die Kinder und Eltern. Sie fragt, ob die Kitaleitungen geschult seien, um Auffälligkeiten zu erkennen, vorab einer Diagnose. Die Mittel müssen aufgestockt und es müsse dringend gehandelt werden, hierfür müsse Geld da sein.

Inklusion sei wichtig, müsse gelingen und Berührungsängste abgebaut werden, sagt Stadträtin **Allerborn** und weist auf die UN-Konvention hin. Die Gruppenlösung und die Zuständigkeit einer sonderpädagogischen Kraft für mehrere Kinder, sei ein guter Ansatz und Sorge für Kontinuität. Es gebe eine Unterversorgung in den Kitas und Schulen.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. In der frühkindlichen Bildung gebe es ein Sammelsurium an Zuständigkeiten. Zur Sprachförderung werde dem Gremium demnächst ein Antrag zur Finanzierung aus Fondsmitteln vorgestellt, vorab müsse noch die Frage der Mitfinanziers geklärt werden. Die Kosten werden sich auf einen mittleren sechsstelligen Betrag belaufen. Man versuche Synergien, für die langfristige Finanzierung, mit dem Landkreis durch ein Innovationsprojekt zu erreichen. Nach Projektstart werde man vermutlich schnell erkennen, dass dieses verstetigt und nachhaltig gesichert werden solle. Nicht jedes Kind brauche eine Vollzeitassistenz, dies sei individuell unterschiedlich, gleichwohl werde seit Corona teilweise ein höherer Betreuungsbedarf festgestellt. Hierzu seien verschiedene Angebote erforderlich, dies sei bei dem momentanen Modell nicht gegeben. Es gebe durchaus Situationen in den Kitas, wo die Verantwortung für das betroffene Kind und die Gruppe nicht mehr gewährleistet sei und acht Stunden nicht ausreichend seien. Durch die Entfristung der Personalstellen konnte eine Kontinuität ermöglicht werden. Sie bedauert, dass Spezialeinrichtungen, wie Schulkindergärten, nicht weiter ausgebaut werden, obwohl der Bedarf ansteige. Dies liege nicht in der Verantwortung des Landkreises. Hier müsse die Landesregierung mehr in die Verantwortung genommen werden. Sie teilt mit, dass sie diese Thematik aktiv in den Städtetag einbringe und platziere. Für die Fachkräfte in einer Leitungsfunktion gebe es eine Mindestqualifizierung. In der Diagnostik werde durch unterschiedliche Verfahren zwischen Schule und Kita mit dem Thema umgegangen, wengleich bei der frühkindlichen Bildung angesetzt werden müsse, betont sie. Die Hürden in der Bildungsbiografie müssen abgebaut werden.

Mit den städtischen Modellkitas bestehe seit rund drei Jahren ein Arbeitskreis, sagt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Bei den Auffälligkeiten gebe es eine deutliche Steigerung. Intensiv sei man mit allen Trägern ins Gespräch gegangen und wolle ein Gesamtkonzept erarbeiten. OBM Dr. Knecht habe auf den offenen Brief geantwortet. Die Inklusionsbeauftragte des Landkreises sei bei der letzten Trägerkonferenz anwesend gewesen.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Stellenbesetzungen ein, von denen die meisten Stellen besetzt seien. Die befristeten Verträge beim Bestandspersonal werden entfristet, sobald das Regierungspräsidium den Haushaltsplan genehmigt habe.

EBMin **Schmetz** fragt Stadtrat Meyer als Antragsteller, ob der Antrag mit der heutigen Beratung als erledigt anzusehen sei, wengleich dies nicht bedeute, dass die Thematik nicht weiterhin im Blick behalten werde.

Der Antrag bleibe bestehen, so Stadtrat **Meyer**. In der Fraktion konnte man hierüber noch nicht beraten. Er fragt, wann mit einer Vorlage zu rechnen sei.

Vor den Sommerferien antwortet der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie.

EBMin **Schmetz** bedauert die Entwicklung an der Hochschule ebenso. Als Hochschulratsvorsitzende berichtet sie, dass man versuche die Kapazitäten an der PH zu erweitern. Sie schließt diesen Tagesordnungspunkt

**Beratungsverlauf:**

Stadtrat **Meyer** sieht den Antrag mit der heutigen Beratung nicht als erledigt an. Der Antrag solle bestehen bleiben.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine europaweite Ausschreibung für eine neue Software für die Platzverwaltung in den Bereichen Kita und Schulkindbetreuung durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Taskin

**Beratungsverlauf:**

Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMIn **Schmetz** die Aussprache.

Stadtrat **Peifer** fragt, ob eine Verknüpfung mit der Prozesssteuerung des Fachbereiches Organisation und Personal möglich sei.

Stadtrat **Gekeler** geht auf die Marktanalyse und Langlebigkeit der Software ein.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie beantwortet die Fragen. Laut Ausschreibung liege die Haltbarkeit bei einem Zeitraum von 4 bis 5 Jahren. Man stehe im engen Austausch mit dem Fachbereich Organisation und Personal sowie dem Fachbereich Digitalisierung. Es handle sich um eine spezielle Fachsoftware und schließe somit eine Dopplung aus. Man habe vergleichbar große Kommunen mit ähnlicher Aufstellung abgefragt. Am Markt gebe es ausreichend Anbieter mit einem großen Portfolio.

Nach dieser kurzen Aussprache lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.